



Kontroversen und Konsens

Eröffnung des 60. Bayerischen Ärztetages in Coburg

Viele der rund 200 Gäste blickten überrascht auf ihre Uhren, als der Präsident der Bayerischen Landesärztekammer (BLÄK), Dr. H. Hellmut Koch, mit seinem abschließenden Fazit den Schlusspunkt der Eröffnungsveranstaltung des 60. Bayerischen Ärztetages in Coburg setzte. Nicht einmal zwei Stunden waren seit seiner kurzen Begrüßungsrede vergangen. Aber dazwischen war einiges passiert: Grußworte einer Ministerin, ein stellenweise provozierendes Referat eines Medizinhistorikers und eine hochkarätige Diskussionsrunde mit kontroversen Meinungen. Viel inhaltlicher Stoff also für knapp 120 Minuten.

In Anbetracht des straffen Zeitplans fasste sich Bayerns Sozialministerin Christa Stewens in ihren Grußworten recht kurz. Sie unterstrich das hohe Ansehen der Ärzteschaft in der Bevölkerung und das sehr gute Versorgungsniveau bei den Gesundheitsleistungen. Um dieses zu halten, sei allerdings eine fortwährende Qualitätssicherung von großer Bedeutung. Konkret heißt das für die Ministerin, dass Ärzte Leitlinien als Basis ihres Handelns akzeptieren müssten. Diese dürfe man jedoch nicht als Eingriff in die Therapiefreiheit verstehen, so Stewens: „Leitlinien dürfen nicht die eigene Auseinandersetzung

mit dem Patienten, dessen Befragung, körperliche Untersuchung und das Finden der individuellen Therapie ersetzen.“ Leitlinien sind auch die Grundlage der umstrittenen Disease-Management-Programme (DMP), die die Ministerin zwar als insgesamt positiv bewertete. Allerdings würden durch die Verknüpfung mit dem Risikostrukturausgleich falsche Anreize gesetzt: So gehe den Krankenkassen die „Quantität bei der Teilnahme“ vor die „Qualität der Programme“. Stewens versprach, sich für eine Entkoppelung und damit einhergehende Entbürokratisierung der DMP einzusetzen.

Verantwortung auf vielen Schultern

Bürokratisierung war danach nur ein Randthema im Impulsreferat von Professor Dr. Paul U. Unschuld vom Institut für Geschichte der Medizin der Münchner Ludwig-Maxi-



Plädoyer für ein neues Arztbild: Der Präsident mit der Moderatorin und der Ministerin (v. re.).

milians-Universität. Vielmehr setzte er sich in klaren Worten und mit großer Offenheit damit auseinander, wie äußere und innere Einflüsse die Tätigkeit der Ärzte in den letzten Jahrzehnten vollkommen umgekrempelt hätten. Daher auch der Titel seines Vortrags: „Von der Triebfeder zum Getriebenen“. Alle haben nach Meinung Unschulds ihren Teil dazu beigetragen, dass sich „die Medizin zu einer seelenlosen Kostenverwaltungsmaschinerie“ gewandelt hat. An erster Stelle die Politiker, die – aus sicherer Entfernung von den Patienten und deren Problemen – dem System Instrumente wie Fallkostenpauschalen, Deckelung und Leitlinien zumuteten. Dann die Krankenkassen, die eine „Industrie zum Selbstzweck“ geworden seien und ihre eigentliche Aufgabe, die Gelder der Versicherten zu verwalten, um damit die notwendigen medizinischen Leistungen zu finanzieren, längst aus den Augen verloren hätten. Auf den Punkt gebracht von Professor Unschuld in einem Satz: „Bei Licht betrachtet, gehört die Aufgabe der Krankenkassen in Baracken erledigt, nicht in Glaspalästen.“ Des Weiteren sind am Niedergang der Medizin nach Meinung des Experten die Bedenkenträger in der Wissenschaft beteiligt, die mögliche und notwendige Fortschritte aus teilweise fadenscheinigen Gründen verhinderten. Unschulds Beispiel war die Forschung an embryonalen Stammzellen, als deren klarer Verfechter er sich zeigte. Schließlich tragen auch noch die Ärzte selbst eine Mitschuld an ihrer Situation, weil sie sich nicht als starke, homogene Gruppe erwiesen, sondern in Verteilungskämpfen aufreiben ließen und nicht den Mut zu klaren politischen Bekenntnissen hätten: „Wir hatten kürzlich einen Bundestagswahlkampf. Ich habe in den Medien nicht gelesen,

dass der Präsident der Bundesärztekammer die Parteien vor sich hin zitiert hätte, dass er Aufschluss verlangt hätte, welche Gesundheitspolitik die Parteien einzuleiten gedächten, und dass er auf Grund dieser Aussagen den Ärzten und Patienten eine Wahlempfehlung gegeben hätte.“

Diese Thesen reichten als Denkanstöße für die anschließende Diskussionsrunde mit verteilten Rollen. Auf der einen Seite standen hier der Präsident der Bayerischen Landesärztekammer und die beiden Vizepräsidenten, Dr. Max Kaplan und Dr. Klaus Ottmann, die sich für die Kultur eines möglichst wenig fremdbestimmten Vertrauensverhältnisses zwischen Arzt und Patient einsetzten. „Wir brauchen wieder mehr Freiräume in unserem Beruf. Dafür ist die Kooperation der richtige Ansatzpunkt“, so Ottmann. Kaplan verwies auf die ungelösten Einnahmenprobleme in der Gesetzlichen Krankenversicherung und forderte eine überfällige Bestandsaufnahme ein. Und Kammerpräsident Koch sah vor allem die zu starre Orientierung an Leitlinien als Grund dafür, sich in der Rolle des Arztes als Getriebener fühlen, dies vor allem im stationären Bereich durch die überbordende Verwaltungsarbeit im Krankenhaus. Auf der anderen Seite saß nicht nur räumlich, sondern auch gedanklich der Vorsitzende des Gemeinsamen Bundesausschusses, Dr. Rainer Hess. Der Jurist ist es seit vielen Jahren gewohnt, bei Diskussionsrunden dieser Art auch unpopuläre Positionen zu vertreten. Und so konnte er mit seinem Einsatz für Leitlinien und für hochkomplexe morbiditätsorientierte Vergütungsstrukturen auch dieses Mal in Coburg wenig Applaus ernten. Auch wenn einmal sogar die souveräne Moderatorin

Conny Czymoch das Publikum aufforderte, doch auch dem ehemaligen Hauptgeschäftsführer der Kassenärztlichen Bundesvereinigung ein wenig Beifall zu spenden, rührte sich kaum eine Hand.

Auf der Suche nach der Lösung

Einen völlig neuen Aspekt brachte der Arzt und Wissenschaftler Professor Dr. Dr. phil. Eckhard Nagel vom Klinikum Augsburg und der Universität Bayreuth in die Runde ein. So schlecht ginge es den Ärzten nämlich überhaupt nicht und wenn, dann seien sie selbst auch daran mitschuldig. Seinem Kollegen Unschuld attestierte er zwar einen „genialen“ Vortrag, der aber rückwärts gewandt gewesen sei. Passende Replik von Professor Unschuld: „Was kann man denn von einem Historiker anderes erwarten?“ Nach einem ersten Austausch der Argumente forderte die Moderatorin der Runde dann „weniger Lament und mehr Lösungen“ ein. Ihre dazu passende Frage: „Welche Probleme im Gesundheitssystem sind bis zum nächsten Ärztetag gelöst?“ Eine Auswahl der Antworten, die weniger konkret ausfielen, als es sich die meisten wohl gewünscht hätten:

- „Theoriegläubigkeit darf nicht mehr zu Gesetzen führen“, Eckhard Nagel.
- „Der Schwerpunkt muss wieder auf der Individualität des Arzt-Patienten-Verhältnisses liegen“, Klaus Ottmann.
- „Die Ärzte erwarten noch mehr Wettbewerb“, Rainer Hess
- „In einem Jahr könnte durch die große Koalition die Finanzseite in der Gesetzlichen Krankenversicherung geregelt sein“, Max Kaplan.
- „Der Bevölkerung müssen mehr Verantwortungsspielräume geöffnet werden. Die Ärzte müssen sich stärker vernetzen, auch über Sektorengrenzen hinweg“, Christa Stewens
- „Die Medizin muss wieder als Kunst und Wissenschaft verstanden werden“, Paul U. Unschuld

Das Schlusswort gebührte dann dem Präsidenten der BLÄK, H. Hellmut Koch. Er zog ein Fazit der kurzweiligen Veranstaltung und fasste den Wunsch aller Ärztinnen und Ärzte in einem Satz zusammen: „Wir müssen in der Medizin wieder zu Einheimischen werden und wieder zur Triebfeder.“

60. Bayerischer Ärztetag

Workshops

Im Vorfeld des Ärztetages, am Freitagnachmittag, gab es ein Ärztetags-Novum, fanden doch erstmals vier Workshops statt, zu denen insgesamt über hundert Delegierte kamen. Je ein Workshop-Sprecher berichtete dann dem Plenum. Workshop I, ausgerichtet vom Ausschuss „Ambulante/stationäre ärztliche Versorgung“, tagte unter dem Titel „Förderung der ambulanten-stationären Zusammenarbeit“. So diskutierten die Workshop-Teilnehmer über das Belegarztsystem, über die Medizinischen Versorgungszentren (MVZ) und über die Bereitschaftsdienstpraxen. Workshop II, auf der Basis des Ausschusses „Angestellte

und beamtete Ärzte“ hinterfragte die „Attraktivität des Arbeitsplatzes Krankenhaus“ und thematisierte beispielsweise die Tarifreformen im Öffentlichen Dienst und die überbordende Bürokratie. Den „Ausschuss für Hochschulfragen“ organisierte der Workshop III, der die Frage stellte: „Gefährden die aktuellen Hochschulreformen die ärztliche Versorgung unserer Bevölkerung in Bayern?“ Teilaspekte waren die aktuellen Gesetzgebungsvorhaben der Staatsregierung, insbesondere der Bologna-Prozess: Bachelor- und Masterstudiengänge oder der Arzt an der Universitätsklinik als Stiefkind des Besoldungssystems. Workshop IV wurde schließlich von Ausschuss „Niedergelassene Ärztinnen und Ärzte“ geleitet. Hier



Berichte

ging es um „Kooperationsmöglichkeiten im niedergelassenen Bereich nach dem Gesundheitsmodernisierungsgesetz (GMG)“. Diskussionspunkte waren die Integrierte Versorgung – ambulante Rehabilitationszentren und die Versorgung von Heimpatientinnen und -patienten sowie die Auswirkungen der elektronischen Patientenakte.

„Theoriegläubigkeit darf nicht mehr zu Gesetzen führen.“

Professor Dr. Dr. phil. Eckhard Nagel

keitsberichts der BLÄK ein. Der Präsident thematisierte ferner die Medien- und Öffentlichkeitsarbeit, die Finanzen und das Beitragseinzugsverfahren, die Fortbildung und die Umsetzung der Weiterbildungsordnung. Speziell zum Thema Fortbildung sprach er über die Online-Anmeldung zur Zertifizierung von Fortbildungsveranstaltungen, über die elektronische Punkteverwaltung und über den Nürnberger Fortbildungskongress 2005. „Ohne den Einsatz von Computer- und Internettechnologie könnten all diese Aufgaben gerade im Bereich Fortbildung in der BLÄK nicht mehr geleistet werden“, verdeutlichte der Präsident.

Vizepräsident Max Kaplan sprach in seinem Bericht die Bayerische Akademie für ärztliche Fortbildung, die Weiterbildungsbefugnisse nach der Weiterbildungsordnung 2004, die Prävention und die hausärztliche Versorgung an. Zum prognostizierbaren Hausärztemangel in Bayern sagte Kaplan wörtlich: „Der drohende Ärztemangel im Allgemeinen aber insbesondere der Hausärztemangel in ländlich geprägten Regionen zeigt, dass wir vor einer gesamtgesellschaftlichen Herausforderung stehen.“

Im Anschluss daran referierte Vizepräsident Klaus Ottmann aus seinem Ressort über die Novellierung der Berufsordnung (BO), die Anpassung der Zulassungsverordnung an die BO, die Anpassung des V. Sozialgesetzbuches (SGB V) an die BO, die MVZ, die Vorschriften zur Werbung, zu den IGELE-Leistungen und zur Gutachterstelle. Zur Versorgung sagte Ottmann: „Ich bin zutiefst davon überzeugt, dass die Versorgungslandschaft in zehn Jahren komplett anders aussehen wird.“

Beschlüsse

Unter TOP 2 befassten sich die 180 Delegierten des 60. Bayerischen Ärztetages mit Aspekten der aktuellen Sozial-, Gesundheits- und Berufspolitik. Das Plenum brachte über 60 Resolutionen zu den Themen Berufsordnung, Studium, Hochschule, Weiterbildung, Tätigkeit der Körperschaften, ärztliche Tätigkeit und Patientenversorgung ein. So beschlossen die Delegierten, auch künftig jährlich zwei Bayerische Ärztetage abzuhalten und die „Politisierung“ noch mehr voranzubringen. Abgelehnt wurde die Übernahme der Zuständigkeit für die Berufszulassungsentscheidungen durch die BLÄK. Ebenso wandten sich die Delegierten dagegen, die



Die erste Reihe im Kongresshaus Rosengarten ...



... diskutierte anschließend auf dem Podium, ...

niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte zu Subunternehmern von gewinnorientierten Managementgesellschaften zu machen. Der Ärztetag forderte direkte Verträge zwischen Ärzten und Kostenträgern. Das Ärzteparlament diskutierte kurz und engagiert über die Pläne der Regierung, Bachelor- und Masterstudiengänge auch in der Medizin einzuführen und forderte den Bayerischen Landtag einstimmig auf, gegen die Pläne zur Einführung der Bachelor-Masterstruktur in das Medizinstudium an bayerischen medizinischen Fakultäten zu stimmen. Ebenso wie die Spitzenverbände der Hochschulmedizin, die wissenschaftlichen Fachgesellschaften und die Bundesärztekammer lehnten die Delegierten die Einführung dieser Bachelor- und Masterstudiengänge für die Medizin kategorisch ab.

mit lokale Ausbrüche von verschiedenen Infektionskrankheiten, zum Beispiel Masern, zu verhindern. Dies sei jedoch nur durch gesetzliche Vorgaben zu erreichen. Denkbar sei etwa, die Empfehlungen der Ständigen Impfkommission (STIKO) zur Voraussetzung für die Aufnahme von Kindern in öffentlichen Kinderbetreuungseinrichtungen zu machen. Der Ärztetag forderte vor dem Hintergrund einer drohenden Influenza-Pandemie oder bioterroristischen Bedrohungen, die Sparmaßnahmen bei den bayerischen Gesundheitsämtern zu stoppen. Durch Kürzungen und Stellenstreichungen werde gerade in Krisensituationen die Professionalität des öffentlichen Gesundheitsdienstes bedroht. Weitere Forderungen waren die Verbesserung der hausärztlichen Nachwuchssituation. Die Al-

eine bessere Versorgung in Pflegeeinrichtungen ging es in einem weiteren Beschluss. Ein anderes Thema war die Anpassung der gesetzlichen Regeln an die Liberalisierung des ärztlichen Berufsrechtes. Ärztinnen und Ärzte haben mit der Muster-Berufsordnung, die auf dem 107. Deutschen Ärztetag in Berlin beschlossen wurde, einen wegweisenden Schritt in Richtung Liberalisierung des ärztlichen Berufsrechtes getan. Um diese „neuen Möglichkeiten“ auch in der vertragsärztlichen Versorgung zu nutzen, müssten nun die gesetzlichen Regelungen im SGB V und in der Zulassungsverordnung an die Liberalisierungen der BO angepasst werden. Der Bayerische Ärztetag unterstützte mit einem Beschluss die auf Bundesebene bereits ergriffenen Initiativen, die eine entsprechende Liberalisierung der gesetzlichen Regelungen zum Ziel haben.

„Die Ärzte erwartet noch mehr Wettbewerb.“

Dr. jur. Rainer Hess



Der Staat regle aus Gründen des Gesundheitsschutzes der Bevölkerung den Zugang zum ärztlichen Beruf und stehe in der Verantwortung, dieses Schutzniveau nicht durch minder qualifizierte Ausbildungsgänge zu untergraben. Für die Schaffung von „Barfußärzten“ dürfe auch der schon bestehende, strukturelle Ärztemangel nicht zum Vorwand genommen werden, hieß es in dem gefassten Beschluss. Ferner forderten die Ärztinnen und Ärzte höhere Durchimpfungsraten bei Kindern, um bestehende Impflücken und da-

tersstruktur der niedergelassenen Allgemeinmediziner und die Tatsache, dass sich immer weniger angehende Ärzte für das Fachgebiet Allgemeinmedizin entscheiden, ließen insbesondere in den ländlichen Gebieten Bayerns eine drohende hausärztliche Unterversorgung befürchten. Die Delegierten forderten die Einrichtung eines Lehrstuhls für Allgemeinmedizin in Bayern. Ferner wurden die Krankenhausträger und niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte aufgerufen, verstärkt Weiterbildungsstellen zur Verfügung zu stellen. Um

In Sachen Weiterbildung zur „spezifischen Ausbildung in der Allgemeinmedizin – praktische Ärzte“ wurde der Entschließungsantrag 4/1 neu nach einer heftigen und teilweise emotionalen Debatte durch den 60. Bayerischen Ärztetag am 16. Oktober 2005 nicht beschlossen. Entgegen der Zeitungsmeldung „Facharzt für Allgemeinmedizin gibt’s jetzt auch ohne Prüfung“ bleibt es bei der bisherigen Rechtslage und somit beim unveränderten § 19 a der Weiterbildungsordnung.

2006 wird das Ärzteparlament am 6. Mai in München und vom 13. bis 15. Oktober in Straubing tagen.

*Martin Eulitz (KVB)
Dagmar Nedbal (BLÄK)*



... auf dem auch die beiden BLÄK-Vizepräsidenten vertreten waren.



Die Band des Gymnasiums Casimirianum mit ihrem musikalischen Leiter OstRat Hans-Jürgen Hofmann sorgte für gute Laune.

*Alle Fotos vom 60. Bayerischen Ärztetag:
Frank Schulz, Coburg*